

Beschluss

Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

Das Streben nach Wohlstand und Stabilität waren, neben der Erhaltung des Friedens, stets ein wesentliches Motiv für die europäische Integration. Doch Europa kämpft derzeit mit tiefgreifenden ökonomischen und sozialen Problemen. Die Wirtschaftsleistung ist in vielen Ländern stark gesunken, die Arbeitslosigkeit dagegen dramatisch angestiegen. Zudem hat sich die Verschuldung, vor allem im Zuge der Rettung von Banken, massiv erhöht. Während sich einige Mitgliedstaaten der EU bereits in einer Deflation befinden, besteht die Gefahr einer lang anhaltenden Deflation im europäischen Wirtschaftsraum was auch zu einer langanhaltenden Rezession führen kann. Gleichzeitig hat sich in Teilen Europas eine schwere soziale Krise gebildet, welche in aller Deutlichkeit so benannt und beendet werden muss.

In vielen Mitgliedstaaten wachsen Jugendliche in prekären Verhältnissen auf und verlieren den Glauben an die Zukunft. Es droht eine verlorene Generation. Die wirtschaftliche Lage verstärkt die politische Instabilität vor allem in den Staaten der Europäischen Union (EU), in denen populistischer Nationalismus ohnehin Frieden, soziale Gerechtigkeit und Freiheit bedroht. Angesichts der sich verändernden Weltlage und der Konflikte und Katastrophen an den EU-Außengrenzen, wie in der Ukraine, dem Nahen Osten oder in Nordafrika, so wieder weiter zunehmenden Zahl von Flüchtlingen gilt es den Zusammenhalt Europas als solidarische und friedliche Wertegemeinschaft zu bewahren. Wir GRÜNE wollen diese Herausforderungen im Geiste europäischer Solidarität meistern. Der Green New Deal ist ein kräftiges Signal nach innen wie nach außen, dass die EU sich nicht auseinander dividieren lässt und global gerechte Politik macht.

Die ökonomischen und sozialen Probleme verdrängen zudem die Auseinandersetzung mit der ökologischen Krise, obwohl diese keinen Aufschub zulässt. Laut WWF brauchen wir im Jahr 2030 eine zweite Erde, um unseren Ressourcen hunger auf jetzigem Niveau zu stillen. Doch statt dieses zentrale Problem anzupacken, ermatten in der EU die Anstrengungen, den dringend notwendigen ökologischen Umbau der Gesellschaft voranzubringen.

Um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme in Angriff zu nehmen, müssen wir umsteuern. Dazu brauchen wir einen Green New Deal für Europa, der eine umfassende Antwort auf die Krisen der Gegenwart gibt. Er enthält mehrere Komponenten: eine nachhaltige Investitionsstrategie, die auf ökologische Innovationen setzt statt auf maßlose Deregulierung und ökonomisch sinnlose Privatisierung; eine Einnahmestrategie, die Schluss macht mit wirtschaftlichen Anreizen für Umweltzerstörungen durch Unternehmen; einen Weg zu mehr sozialer Gerechtigkeit statt der Gleichgültigkeit gegenüber der ständig schärferen Spaltung unserer Gesellschaften; ein Wirtschaftsmodell, das auch unbequeme Strukturreformen mit einbezieht und zu nachhaltigem Wohlstand und mehr Gerechtigkeit beiträgt und eine Politik die Probleme wie Korruption und mangelnde Rechtsstaatlichkeit angehen und eine Politik, die Lösungen findet, wie die Schuldenlast gerecht reduziert werden kann.

All das ist Teil des Green New Deal, denn isolierte Antworten auf einzelne Herausforderungen reichen nicht aus. Uns ist klar, Sparen allein ist nicht der Weg, um aus der Krise zu kommen. Man kann sich nicht aus der Krise heraus schrumpfen. Deshalb erteilen wir der Kaputtsparpolitik eine klare Absage und setzen uns für eine ausgewogene Konsolidierung von Haushalten ein, die soziale und ökologische Gerechtigkeitsfragen im Blick hat. Ebenso klar sagen wir aber, dass Investitionen sich nur lohnen werden, wenn sie nachhaltig wirken und finanziert sind. Auch müssen die Rahmenbedingungen durch Strukturreformen so gestaltet werden, dass es zu einem Aufschwung kommen kann. Nur dieser neue Kurs erlaubt es der EU die Ziele der Solidarität, der Solidität und der Nachhaltigkeit gemeinsam zu erreichen.

Die Kaputtsparpolitik ist gescheitert

Die Strategie zur Krisenbewältigung der letzten fünf Jahre hat zwar ein wichtiges Ziel erreicht: Der Euro, als entscheidendes Element der europäischen Integration und des europäischen Zusammenhalts, konnte bislang gerettet werden. Dafür hat Europa neue Instrumente und Mechanismen geschaffen, wie den Euro-Rettungsschirm mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder die Bankenunion. Jedoch hat die mit der Eurorettung einhergehende Sparpolitik fatale Auswirkungen auf viele Menschen. Mit der bisherigen Ausrichtung der Instrumente werden die tiefgreifenden Probleme nicht gelöst - weder politisch noch wirtschaftlich.

Die Mängel und Fehler der bisherigen Politik weiter zu ignorieren, gefährdet jedoch den Zusammenhalt in Europa. Eine nicht ausreichend vorangetriebene politische und demokratische Integration der EU und ihrer Währungsunion, einseitiges Sparen, oftmals an der falschen Stelle, und fehlende Impulse für die Wirtschaft, falsche Strukturreformen und mangelnder politischer Wille werden Europa wirtschaftlich nicht nach vorne bringen. Gleichzeitig profitieren von den immensen Hilfskrediten in die sogenannten Krisenländer allen voran Banken, welche wie schon bei Ausbruch der Finanzkrise, nicht für ihre fahrlässigen Geschäftsentscheidungen haften müssen. Das ist in Europa und bei unseren Partnern weltweit fast unbestritten. Nur in Berlin scheint dies nicht überall der Fall zu sein. Doch es gefährdet auch Deutschland, vor den Tatsachen weiter die Augen zu verschließen. Bundeskanzlerin Merkel trägt deshalb zusammen mit den Verantwortlichen in Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten eine große Verantwortung für die aktuelle Situation. Die bisherigen Anstrengungen bleiben weit hinter dem Notwendigen zurück. Investitionen wurden zu lange ausgebremst und zentrale Probleme sind weiterhin ungelöst: Die Schuldenquoten der Programmländer sind höher als vor der Krise. Von den Euro-Staaten, die ein Kredithilfeprogramm in Anspruch nehmen mussten, verzeichnen nur Irland und Lettland ein deutliches Wirtschaftswachstum.

Die Investitionen sind in der EU seit 2008 jedoch um 15% gesunken. Auch Deutschland muss öffentliche und private Investitionen im Inland ankurbeln, um eine moderne, zukunftsfähige und vor allem auch intakte Infrastruktur für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu gewährleisten. Hier herrscht enormer Nachholbedarf um den ökologisch-sozialen Wandel der Wirtschaft voranzubringen. Doch das derzeitige Modell hoher Exportüberschüsse geht auf Kosten notwendiger Investitionen im Inland. Unsere europäischen Nachbarn würden von der zusätzlichen Nachfrage ebenfalls profitieren und Leistungsbilanzdefizite und -überschüsse zwischen den Euro-Ländern könnten weiter abgebaut werden.

Weil wir Umweltzerstörung, Massenarbeitslosigkeit, soziale Verwerfungen und Perspektivlosigkeit für viele Millionen Menschen in Europa nicht länger hinnehmen wollen, setzen wir auf den Green New Deal. Deutschland muss diesen Strategiewechsel vorantreiben. Wir empfinden es als unvertretbar, wenn deutsche PolitikerInnen rassistisch geprägte Kommentare über die angebli-

che Reformunwilligkeit bei Ländern in Europas Süden verbreiten. Dem stellen wir uns als GRÜNE klar entgegen.

Griechenland braucht Luft zum Atmen und muss im Euro bleiben

Es muss sich etwas grundlegend ändern am Umgang mit Griechenland. Die bisherige Politik hat nicht dazu geführt, dass die griechische Wirtschaft wieder auf eigenen Beinen stehen kann. Die Schuldenquote des Landes hat sich seit Beginn der Krise um etwa zwei Drittel von 109 Prozent auf 175 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erhöht, obwohl Griechenland heute über 30 Prozent weniger Staatsausgaben hat als noch vor fünf Jahren. Grund dafür ist der Einbruch der Wirtschaftsleistung und eine eklatante Nachfrageschwäche, die durch die einseitige Sparpolitik verschärft statt gemindert wird. Investitionen finden in Griechenland seit Jahren fast nicht mehr statt, auch weil die politische Sicherheit nicht gewährleistet ist. Debatten um einen „Grexit“ sind deshalb fatal. Sie untergraben nicht nur das Vertrauen den Wirtschaftsstandort Griechenland und die dringend notwendige Investitionssicherheit und kosten am Ende die europäischen Bürgerinnen und Bürgern viel Geld und Chancen sondern stellen auch die Zukunft des europäischen Projekts insgesamt in Frage. Nur mit einem Aufschwung in Griechenland wird es möglich sein, die Schuldenlast zu senken. Alles andere schadet am Ende auch unserer gemeinsamen Währung. Deshalb muss das Pokerspiel um Griechenlands Zukunft im Euro sowohl von Finanzminister Schäuble als auch der griechischen Regierung beendet werden. Sie müssen endlich zur europapolitischen Vernunft zurückkehren anstatt gefährliche Grexit-Debatten zu bedienen. Minister Schäuble gießt mit seinen jüngsten Äußerungen Öl ins Feuer statt es zu löschen. Das ist unverantwortlich, denn Europas Zukunft steht auf dem Spiel. Griechenlands Zukunft ist im Euro. Das sollte auch endlich klargestellt werden, denn jetzt ist nicht mehr die Zeit, durch kontraproduktive Debatten Zeit zu verlieren.

Das Wahlergebnis in Griechenland ist auch eine Chance. Es ist ein klarer Fingerzeig, dass die Menschen dort die bisherige Politik und das alte System der Vetternwirtschaft nach Parteibuch sowie die mit der Troika verbundenen Krisenpolitik ablehnen. Die neue Syriza-geführte Regierung hat damit ein Mandat zum Wandel. Sie hat zwar einzelne Reformideen, aber bisher keinen ausgereiften Plan. Erschwerend kommt hinzu, dass Syriza als erste Amtshandlung eine Koalition mit den rechtspopulistischen „Unabhängigen Griechen“ eingegangen ist, obwohl es mit der Partei To Potami eine linksliberale und pro-europäische Alternative gegeben hätte.

Die schwere Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise, in die Griechenland vor über fünf Jahren stürzte, wurde auch durch eine verfehlte Politik in Griechenland ausgelöst. Gleichzeitig haben auch deutsche und französische Banken mit einer unnachhaltigen Kreditvergabe die Fehlentwicklungen in Griechenland erst ermöglicht. Doch sollten die EU und Deutschland, Griechenland Flexibilität einzuräumen, um die schlimmsten Folgen und Fehler der bisherigen Krisenpolitik abzumildern und den Kurs zu ändern.

Die harte Sparpolitik der letzten Jahre wurde in Griechenland besonders ungerecht praktiziert und hat zu schweren sozialen Verwerfungen geführt. Anders als in den baltischen Staaten hat die Politik hohe Einkommen und Renten im öffentlichen Dienst viel stärker geschont als niedrige Einkommen und Renten. Die Mittelschicht wurde durch Steuererhöhungen hart getroffen, während diejenigen mit sehr großen Vermögen weiterhin keine großen Abgaben auf Eigentum und Vermögen leisten. Zudem wurden viele wichtige Maßnahmen zur Linderung der sozialen und ökologischen Härten nicht umgesetzt, was zu einer katastrophalen sozialen Krise mit steigenden Selbstmord-, Depressions- und Kindersterblichkeitsraten sowie einem Zusammenbruch der Gesundheitsversorgung, geführt hat. Erst jetzt wird begonnen, eine ärztliche Primärversorgung einzuführen. In Griechenland gab es schon vor der Krise keinerlei soziale Grundsicherung, aber im Gegensatz zum Beispiel Zypern war es hier nicht Teil der Vereinbarungen zwischen nationaler

Regierung und Euro-Gruppe, eine solche aufgrund der Krise und der Sparmaßnahmen einzuführen. Diese Fehler der nationalen Politik, der Troika und der Euro-Gruppe prangern wir an.

Bei den derzeit laufenden Verhandlungen zwischen der Euro-Gruppe und der griechischen Regierung müssen nun gemeinsame vernünftige Kompromisse erarbeitet werden. Dazu gehört, dass die griechische Regierung neue, nachhaltige Wege der Haushaltskonsolidierung geht. Der Primärüberschuss muss sich dabei an der wirtschaftlichen und sozialen Lage im Land orientieren und nicht umgekehrt. Dringend notwendige Strukturreformen müssen dafür auch gegen einflussreiche Klientelgruppen umgesetzt werden. Aus unserer Sicht ist es deshalb notwendig, die Steuerverwaltung weiter zu verbessern, um Steuervermeidung und -hinterziehung besser zu verhindern. Griechische Bürgerinnen und Bürger, die trotz eines großen Vermögens bislang keinen fairen Beitrag zum Gemeinwesen geleistet haben, müssen endlich durch eine gerechte Besteuerung am Aufbau des Landes beteiligt werden. Außerdem sollte die Regierung die immer noch weit verbreitete Korruption entschlossen bekämpfen. Wir sehen sie auch in der Pflicht, Maßnahmen gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu ergreifen und Reformen zur Effizienzsteigerung in der Verwaltung und mehr Rechtsstaatlichkeit umzusetzen. Derartige Maßnahmen stärken ein Land auch als Investitionsstandort. Außerdem muss in Griechenland das Problem der Banken angegangen werden, die ein Übermaß an faulen Krediten in ihren Bilanzen haben und vollständig von der EZB abhängig sind. Die griechischen Banken müssen durch Kreditvergabe in den Realsektor wieder eine von nachhaltigen Investitionen getragene wirtschaftliche Erholung ermöglichen können.

Geht die neue griechische Regierung diese Aufgaben entschlossen an, sollte die Euro-Zone diesen Weg mit Erleichterungen bei Zinsen und Kreditlaufzeiten sowie mit dem Verzicht auf sozial und ökonomisch falsche Sparvorgaben unterstützen. Welche weiteren Schuldenerleichterungen mittelfristig nötig werden, ist eine später zu prüfende Frage. Griechenland braucht vor allem dringend mehr zukunftsfähige Investitionen und muss sich dabei auf die Unterstützung der EU verlassen können. Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass europäische Investitionen vor allem in die Länder fließen, die am stärksten von der Krise betroffen sind. Dafür bedarf es jedoch sinnvoller Projektvorschläge. Griechenland hat enormes Investitionspotenzial, beispielsweise im Ausbau erneuerbarer Energien, in nachhaltiger Landwirtschaft und im Öko-Tourismus.

Die EZB wird die Krise nicht alleine lösen können

In dieser schwierigen Situation gibt es für die EU zwei Optionen: Die eine ist, dass die Europäische Zentralbank (EZB) handelt, also nur geldpolitische Maßnahmen ergriffen werden. Das passiert im Moment. Die bessere Option wäre, dass endlich auch die europäischen Regierungen mehr Verantwortung übernehmen und Investitionen möglich machen. Doch leider ist die Bundesregierung diesbezüglich bisher völlig passiv.

Die EZB ist gezwungen zu handeln. Sie hat aber ihr Instrumentarium konventioneller geldpolitischer Maßnahmen wie zum Beispiel Leitzinssenkungen längst ausgereizt. Deshalb greift sie zu einer unkonventionellen Maßnahme: dem Ankauf von Unternehmens- und Staatsanleihen. Wie gut die Maßnahme wirkt, ist jedoch zweifelhaft.

Es ist klar: Wir können die Arbeit nicht allein der EZB überlassen. Sie stößt mit ihren geldpolitischen Instrumenten an ihre Grenzen. Der Ball liegt in Brüssel und in den europäischen Hauptstädten. Die Kanzlerin beharrt jedoch darauf, die kurzfristige Sparpolitik in Europa fortzusetzen. Während aus ihrer Partei immer wieder die EZB kritisiert wird, hätte es die Bundesregierung selbst in der Hand, problematische Maßnahmen der EZB überflüssig zu machen. Doch im Bundeskanzleramt werden die notwendigen Investitionen blockiert.

Investieren in Europa

Um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen zu meistern brauchen wir einen Green New Deal. Es kommt darauf an, die europäische Wirtschaft durch Investitionen nachhaltig zu stabilisieren und gleichzeitig aktiv Wege in eine ökologische Zukunft zu ebnen. Daher ist es an der Zeit für eine nachhaltige Investitionsoffensive in Europa. Verschiedene Wirtschaftsinstitute schlagen dafür sogar eine Größenordnungen von einem bis zwei Prozent des BIP vor.

Unsere rückständige Energie- und Wirtschaftspolitik kommt uns teuer zu stehen. Wir sollten stattdessen den derzeitig niedrigen Ölpreis als Chance begreifen und massive Investitionen in erneuerbare Energien, in Energieeffizienz und in neue grüne Technologien tätigen. Das fördert auch größere Unabhängigkeit von russischem Gas oder Ölvorkommen aus den Krisenregionen im Nahen und Mittleren Osten. Dabei hat die Bundesregierung die seltene Chance zu niedrigen oder teilweise negativen Zinsen neue Kredite aufzunehmen. Diese Chance muss genutzt werden. Die wirtschaftlichen Vorteile überwiegen die ohnehin niedrigen Kosten der Finanzierung um ein Vielfaches.

Die zusätzlichen Investitionen müssen aus privaten wie auch aus öffentlichen Quellen finanziert werden. Im Rahmen der Investitionsoffensive von EU-Kommissionspräsident Juncker liegt der Vorschlag zur Errichtung eines Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) auf dem Tisch. Der EFSI bietet die Chance, endlich mehr Zukunftsinvestitionen europäisch zu generieren, zu koordinieren und finanziell zu unterstützen. Das wäre auch ein Beitrag zur weiteren wirtschaftspolitischen Integration der EU. Inwieweit der EFSI erfolgreich sein wird, hängt von seiner konkreten Ausgestaltung ab. Für uns GRÜNE ist dabei klar, dass europäische Projekte im Sinne eines Green New Deal und insbesondere Kleine und Mittlere Unternehmen gefördert werden sollen. Europa braucht dringend mehr Investitionen in Energienetze aber auch in die Schieneninfrastruktur, schnelles Internet sowie Bildung und Forschung. Zudem bedarf es europäischer, demokratischer und transparenter Entscheidungsstrukturen, damit der Fonds kein nationaler Selbstbedienungsladen wird. Dabei müssen Europäische Akteure wie die EU-Kommission, das EU-Parlament und die Europäische Investitionsbank eine Schlüsselrolle übernehmen. Außerdem sollten nicht nur nationale Regierungen, sondern auch Länder, Kommunen, Förderbanken, öffentliche Stellen und der Privatsektor Fondsgelder für ihre Projekte beantragen dürfen. Der EU-Investitionsfonds soll Investitionsrisiken mindern und so die Investitionsdynamik wieder ankurbeln, es darf jedoch keine risikolosen Gewinne für private Investoren geben, wie das in Deutschland bei teuren ÖPP-Projekten der Fall war und ist.

Die Bundesregierung muss dazu beitragen, dass der EFSI ein Erfolg wird. Wir wollen, dass sich Deutschland spürbar daran beteiligt, um europäische Zukunftsinvestitionen zu unterstützen. Doch die Bundesregierung bleibt bei ihrer Haltung „Wir geben nichts“ und verpasst einmal mehr, Signalgeberin für eine europäische Zukunft und mehr Solidarität zu sein.

Der im Juncker-Plan vorgesehene EFSI kann nur ein Baustein einer europäischen Antwort auf die Krise sein. Riesige Mengen privaten Kapitals sind weiter in Spekulationsblasen gebunden, statt der Realwirtschaft zugute zu kommen. Aber wichtige Finanzmarktreformen sind stecken geblieben. Neben höheren privaten brauchen wir auch stärker öffentliche Investitionen in Europa. Dies könnte beispielsweise über eine deutliche Stärkung des EU-Haushaltes erreicht werden. Die Bundesregierung muss daher ihre strukturkonservative Verweigerungspolitik aufgeben. Der EU-Haushalt muss aufgestockt werden und es müssen über die bisherigen Strukturfonds hinaus bessere Möglichkeiten für die Förderung von öffentlichen Investitionen geschaffen werden. Auch müssen endlich neue Eigenmittelquellen erschlossen werden. So könnten Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer, die den Finanzsektor an den Kosten der Krise beteiligt, in den EU-Haushalt fließen. Das würde die Union unabhängiger von den jährlichen Verhandlungen über Beitragshöhen machen.

Die europäischen Mittel sollen im Sinne des Green New Deals verwendet werden. Das heißt, sie könnten für eine konkrete europäische Investitionsoffensive in den Gebäudebestand fließen; auch die öffentliche Finanzierung mit Priorität für Sozialwohnungen, Krankenhäuser und Schulen erfüllt alle grünen Kriterien. Zusätzlich könnten Haushalte mit niedrigem Einkommen finanziell unterstützt werden, etwa bei der Anschaffung energieeffizienter Alternativen zu ihren strom- und energiefressenden Haushaltsgeräten. Grüne Investitionen würden so zielgerichtet auch das Problem von Energiearmut bekämpfen.

Ein weiteres Beispiel für die Notwendigkeit nachhaltiger Investitionen ist die landwirtschaftliche Infrastruktur: Nach wie vor fördert die EU vor allem die Industrialisierung und Exportorientierung der Landwirtschaft. Diese politische Fördersystematik und der Preisdruck durch die zunehmende Marktmacht weniger internationaler Handelskonzerne sorgen dafür, dass Millionen von Bäuerinnen und Bauern dem Wachstumsdruck nicht standhalten können und die Existenzgrundlage von vielen BäuerInnen außerhalb der EU vernichtet wird. Wir wollen mit dem Green New Deal auch eine Agrarwende einleiten, durch die für alle saisonale, gesunde und lokale Nahrungsmittel produziert werden können - egal ob innerhalb oder außerhalb der EU. Wir setzen auf den Umstieg hin zu einer regional verankerten, bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft in Europa

Die richtigen Strukturreformen für Europa

Es ist viel die Rede von Strukturreformen. Häufig sind damit für die Gesellschaft ökonomisch zweifelhafte Privatisierung und planlose Deregulierungen um der Deregulierung willen gemeint, die nur selten zu einer nachhaltigen Verbesserung der öffentlichen Haushalte führen. Auch wir Grünen möchten Strukturreformen. Wir sind jedoch bei der Frage ob sie regulieren oder deregulieren undogmatisch sondern versuchen für verschiedene wirtschaftspolitische Probleme kluge Lösungen zu finden und die Gesellschaft gerechter zu machen. Wir wollen dort Regulierung einführen wo es nötig ist aber gleichzeitig Bürokratie und unnötig aufgeblähte Verwaltungsapparate abbauen. Wir müssen wirtschaftliche Strukturen schaffen, die der breiten Bevölkerung Chancen und Perspektiven bieten und die ökologische Frage angehen. Derartige Strukturreformen in Griechenland, genau wie in ganz Europa, sind dringend notwendig. Eine ökologisch-soziale Modernisierung der Gesellschaft kann aber nicht nur bequem erreicht werden. Viele in Deutschland und der EU leben und produzieren heutzutage derart über den Verhältnissen, dass ein Umdenken sowie Umlenken dringend notwendig ist. Das Zwei-Grad- Ziel, das wir Grüne vertreten, wird von Tag zu Tag schwieriger zu erreichen. Um unseren Planeten doch noch retten, ist es mittlerweile notwendig der drohenden Klimakatastrophe mit allen Mitteln zu begegnen. Das heißt für uns klar auch: Als Grüne können wir uns nicht nur für eine nachhaltige Investitionspolitik und eine Unterstützung von kleinen und mittelständischen Unternehmen einsetzen, sondern müssen dafür sorgen, dass unökologisches Produzieren unattraktiv wird und Menschen besser dabei unterstützt werden, nachhaltig zu konsumieren. Ökosteuern stellen dabei für uns ein geeignetes Mittel dar.

Ökologische Modernisierung der Wirtschaft vorantreiben

Wenn wir Investitionen in technologische Innovationen wollen, dann müssen wir dafür sorgen, dass es sich lohnt innovativ zu sein. Wir treten deshalb für den so genannten Top-Runner-Ansatz ein. Wir wollen damit einen Wettbewerb um die besten Lösungen entfachen, bei dem die effizientesten Geräte den Standard setzen und Stromfresser nach und nach aus den Regalen verschwinden. Dazu bedarf es eines verbindlichen Effizienzziels für die EU und ehrgeiziger Verbrauchsgrenzwerte für Autos und Elektrogeräte.

Aber auch auf der Branchenebene gibt es viel zu tun. Wir brauchen Initiativen, um in Schlüsselbranchen die Grenzen aufzubrechen, zum Beispiel im Energiemarkt. Eine Priorität muss die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Strommarktes sein. Der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur würde die Energiesicherheit erhöhen, den Weg zu erneuerbaren Energien ebnen, Europa stärker zusammen führen und Investitionen in Milliardenhöhe nach sich ziehen. Wir wollen deshalb eine europäische Energieunion, die erneuerbare Energien fördert und die Abhängigkeit von fossilen und nuklearen Quellen senkt. Dies wäre ein wichtiger Schritt für die Schaffung einer Klimaunion, mit der Europa zum globalen Vorreiter beim Klimaschutz wird. Das würde neben der Bekämpfung des Klimawandels für mehr zukunftsfähige Jobs in der EU und zu einer Reduzierung der Abhängigkeit geopolitisch fragwürdiger Bezugsquellen sorgen.

Ein ähnlich anspruchsvolles Projekt wäre die Schaffung eines wirklich gemeinsamen Eisenbahnnetzes. Der politische Beschluss zum Ausbau der Schienennetze würde große Investitionen nach sich ziehen.

Den IT-Binnenmarkt gestalten und auf Nachhaltigkeit ausrichten

Die Schaffung eines einheitlichen IT-Binnenmarktes in Europa ist für eine dauerhafte Wiedergewinnung einer stärkeren Dynamik der europäischen Wirtschaft unverzichtbar. Bei der Anwendung von Industrie 4.0-Konzepten können auch wesentliche Fortschritte bei Energie- und Ressourceneffizienz erzielt werden. Gerade weil innovative Industrieunternehmen wichtige Partner für die von uns angestrebte ökologisch-soziale Modernisierung der Wirtschaft sein können, wollen wir, dass die deutsche und die europäische Industriepolitik das enorme Veränderungspotential nutzt, statt die Chance zur Technologieführerschaft durch Zögerlichkeit und nationalen Eigensinn zu verpassen.

Unter der Überschrift Industrie 4.0 werden derzeit für ganz unterschiedliche Wirtschaftssektoren neue Management- und Geschäftsmodelle entwickelt. Deren mögliche Auswirkungen auf Verbraucherschutz, Datensouveränität, Qualität der Arbeit und den wahrscheinlichen Wegfall bisheriger Arbeitsplätze im Service-Bereich sind kritisch zu diskutieren, zu hinterfragen, aber auch politisch zu begleiten und zu gestalten. Es ist dabei geradezu eine Chance, wenn das Bekenntnis zu einem verlässlichen, bürgerrechtlich begründeten Datenschutz ins Zentrum einer europäischen IT-Entwicklungsstrategie gestellt wird.

Steuergerechtigkeit schaffen, Handlungsspielräume zurück gewinnen

Jedes Jahr gehen der EU eine Billion Euro durch Steuervermeidung und -hinterziehung verloren; Geld, das dringend für Investitionen benötigt wird. Nach Schätzungen beträgt alleine die unrechtmäßige Nichtabführung der Umsatzsteuer innerhalb der EU-Mitgliedstaaten ca. 100 Mrd. Euro pro Jahr. Der LuxLeaks-Skandal hat gezeigt, wie tief das Geschäft mit der Steuervermeidung für besonders zahlungskräftige Kunden in die Steuerpraxis eingedrungen und wie sehr es zum Normalfall geworden ist. Es ist leider nicht auf Luxemburg begrenzt. Zur Vermeidung übermäßiger öffentlicher Defizite, wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie der Fiskalpakt es vorsieht, kann die Politik nicht allein auf der Ausgabenseite ansetzen sondern muss auch für die Verbesserung der Einnahmenseite sorgen. Es muss deshalb gemeinsames Ziel aller Mitgliedsländer und der EU-Institutionen sein, den Kampf gegen diese Steuerbetrügereien zu koordinieren und gemeinsam energisch anzugehen. Wir schlagen einen Steuerpakt vor, der die Kooperation der Staaten in Steuerfragen mit konkreten Maßnahmen verbessern soll, um so die Steuervermeidung und -hinterziehung in Europa zu unterbinden.

Von den Mehreinnahmen aus dem Steuerpakt sollte ein fester Anteil (ca. 20 Mrd. Euro) von den EU-Mitgliedstaaten auf Basis einer freiwilligen politischen Vereinbarung in den EU-Haushalt eingezahlt werden. Sie sollen dort gezielt, zur Förderung von öffentlichen Zukunftsinvestitionen über die bisherige Kohäsionspolitik hinaus eingesetzt werden. Ziel dieses neu geschaffenen, durch den von uns vorgeschlagenen Steuerpakt finanzierten Zukunftsfonds muss sein, öffentliche Investitionen in den unterschiedlichsten Regionen der EU anzustoßen und mit der Strukturpolitik zur Förderung der rückständigsten Regionen in der EU zu verbinden. Dafür sollten Projekte in den Regionen identifiziert werden, die durch eine gezielte Förderung unter der Beteiligung der Mitgliedsstaaten, öffentliche Investitionen in die Instandhaltung bestehender Infrastruktur ermöglichen und gleichzeitig ökologischen und sozialen Maßstäben Rechnung tragen. Der Zukunftsfonds sollte nach dem Prinzip der verstärkten Zusammenarbeit funktionieren: Von den Mitteln sollen nur Regionen und Kommunen in den Mitgliedsstaaten profitieren können, die sich auch an der Umsetzung des Steuerpakts beteiligen. Die Vergabe von Fördergeldern aus dem Fonds sollte aber vor allem von der Qualität der Projekte und der Notwendigkeit der Investition zur Erreichung der EU 2020 Ziele abhängig gemacht werden. Die Kontrolle der Mittel bleibt aber beim Europäischen Parlament, das das Haushaltsrecht und Haushaltskontrolle hat. Hohe Vermögen und Einkommen, die es auch in den Krisenstaaten gibt, müssen stärker als bisher in die Pflicht genommen werden. Denn die Vermögen der einen sind die Schulden der anderen. Das muss auch europäisch koordiniert werden, so dass es nicht zu einer Verschiebung des Kapitals vom einen Mitgliedstaat in den anderen kommt. Deshalb braucht es auch einen klaren Zeitplan zur Einführung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) und eine europaweite Koordination der Unternehmensbesteuerung. Wir schlagen vor, einen konkreten Pfad zu einem Mindeststeuersatz zu vereinbaren. Außerdem müssen wir europaweit definieren was rechtlich unter einer sogenannten Steueroase zu verstehen ist. Wir müssen Tax-Rulings wie zuletzt in Luxemburg unterbinden und länderbezogene Berichterstattungspflichten (country-by-country-reporting) von grenzüberschreitend tätigen Unternehmen einführen. Die Bundesregierung blockiert hier noch immer.

Für fairen Wettbewerb in Europa sorgen und monopolistische Strukturen aufbrechen

Die europäische Politik ist in den nationalen Hauptstädten und in Brüssel dem Einfluss mächtiger Lobbygruppen ausgesetzt, die dafür kämpfen ihre Pfründe zu sichern. Vor allem weil der Einfluss dieser Lobbygruppen nicht transparent ist und die reichsten Lobbyinteressen weitaus mehr Macht und Einfluss als Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen haben, ist das eine schwere Belastung für die europäische Demokratie. Diese Lobbyinteressen organisieren sich in Brüssel, aber auch über die Positionierungen der nationalen Regierungen im Rat. Ein gutes Beispiel für Ersteres ist der Wirtschaftsverband „Businesseurope“, der seit Jahren gegen strengere EU-Klimaziele kämpft. Dabei arbeitet der mächtige Verband systematisch gegen erneuerbare Energien und für die alten Riesen der Öl- und Kohleindustrie. Ein gutes Beispiel für Letzteres sind die von Deutschland im Europäischen Rat durchkreuzten Versuche strengere Emissionsgrenzwerte für PKW in Europa durchzusetzen. Anscheinend reichte ein Anruf im Bundeskanzleramt und die Bemühungen von EU-Parlament und EU-Kommission scheiterten.

Gleichzeitig schreitet die wirtschaftliche Konzentration in Europa zusehends voran, etwa in der Agrarindustrie oder im Einzelhandel. Wenn wir die ökologisch-soziale Modernisierung der Wirtschaft vorantreiben wollen, müssen wir für fairen Wettbewerb sorgen und monopolistische Strukturen in der europäischen Wirtschaft aufbrechen, um Marktwirtschaft zu fördern. Dass die EU hier wirksam handeln kann, zeigt der Energiebereich: So zwang die EU z.B. Energiekonzerne wie RWE dazu ihre Gasnetze zu veräußern und so für mehr Wettbewerb zu sorgen. Wir GRÜNE setzen uns deshalb für eine aktive europäische Wettbewerbspolitik ein. Dazu werden neue In-

strumente und Institutionen in der europäischen Wettbewerbspolitik benötigt; vor allem ein eigenständiges europäisches Kartellamt, das im Zweifel auch über die Kompetenz verfügt, Konzernstrukturen bei zu großer wirtschaftlicher und damit politischer Macht zu entflechten.

Zunächst steht aber vor allem mehr Transparenz im Vordergrund, indem die Lobbyaktivitäten in Brüssel transparenter gemacht werden. Wir begrüßen die Ankündigung der EU-Kommission alle Lobbyistenkontakte der KommissarInnen und ihrer wichtigsten MitarbeiterInnen „als generelle Regel“ veröffentlichen zu wollen. Skeptisch machen uns interne Dokumente, die besagen, Transparenz bei Gesprächen der KommissarInnen und MitarbeiterInnen auf Grundlage der bestehenden Richtlinie für Dokumentenzugang umzusetzen. Sie sieht viele Ausnahmen vor und ergab auf zivilgesellschaftlichen Anfragen oft vor allem geschwärzte Papierseiten. Deutlich schlechter sieht es in Deutschland aus. Die Große Koalition lehnt ein Transparenzregister bislang völlig ab. Wir begrüßen auch die Ankündigung eines verbindlichen Lobbyregisters, das nun EU-gesetzlich und nicht nur über Vereinbarungen zwischen EU-Institutionen umgesetzt werden muss.

Derzeit besteht zudem die Gefahr, dass Transparenz und demokratische Strukturen in Europa durch die Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA noch geschwächt werden. Wir lehnen Spezialrechte für Investoren genauso ab wie lobbygetriebene Standardsetzung im Rahmen der regulatorischen Kooperation, die hohe Umwelt- und Sozialstandards auszuhöhlen drohen. Diese Inhalte der Handelsabkommen sind demokratisch fragwürdig und stellen eine erhebliche Begünstigung großer, einflussreicher Akteure gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen dar.

Soziale Mindeststandards sichern

Die Europäische Union ist nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern auch eine Union der Werte. Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) wird Bezug auf die Europäische Sozialcharta und die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genommen und betont, dass sowohl die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, eine Angleichung derselben in der EU und ein angemessener sozialer Schutz fester Bestandteil der Europäischen Zielsetzungen sind.

Wir GRÜNE fordern, dass alle EU-Mitgliedstaaten verpflichtet werden, soziale Mindeststandards zu erfüllen, eine Mindestsicherung zu schaffen, die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken sowie den Zugang zur sozialen Sicherung für alle, insbesondere zur Gesundheitsversorgung, zu ermöglichen. Das hat nicht nur sozialpolitische, sondern auch wirtschaftspolitische Gründe.

Die Wachstumsunterschiede in der Euro-Zone haben in den vergangenen Jahren weiter zugenommen. Während Deutschland einen enormen Leistungsbilanzüberschuss aufweist, kämpfen andere Mitgliedsstaaten mit Leistungsbilanzdefiziten. Sozialpolitische Maßnahmen in den verschiedenen Mitgliedsstaaten können diese Unterschiede verstärken. Es ist für uns deshalb wichtig, dass nicht nur die Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern auch die Sozialpolitik auf europäischer Ebene stärker koordiniert wird, da herkömmliche konjunkturpolitische Instrumente der Geldpolitik den Staaten der Eurozone nicht mehr zur Verfügung stehen. Europa braucht neue Strukturen, um mit diesen Schiefen künftiger besser umgehen zu können. Dabei geht es zum einen um eine bessere soziale Absicherung der Menschen in Europa. Gleichzeitig geht es darum, durch wirklich europäische automatische Stabilisatoren Abschwungtrends etwas entgegen zu setzen. Denn Auf- und Abschwung verteilen sich über die Mitgliedsstaaten unterschiedlich. Um diese unterschiedlichen Auswirkungen auszugleichen, reichen nationale Maßnahmen nicht aus. Europäische Sozialsysteme könnten als automatische Stabilisatoren gegen solche asymmetrischen Schocks wirken. Die EU-Kommission soll deshalb prüfen wie eine europäische Basis-Ar-

beitslosenversicherung praktisch umgesetzt werden könnte. Dabei geht es uns nicht um eine Vereinheitlichung der Sozialsysteme, sondern lediglich darum einen Teil der bestehenden nationalen Arbeitslosenversicherungen zu ersetzen.

Es geht dabei um wirtschaftliche Stabilität aber auch um soziale Gerechtigkeit und nicht zuletzt um den Zusammenhalt in Europa. 50 Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien, knapp 45 Prozent in Italien, 35 Prozent in Portugal und Italien und 25 Prozent in Frankreich und der gesamten Euro-Zone bedeutet, dass eine ganze Generation unter der verheerenden wirtschaftlichen Krise Europas leidet. Diese Menschen haben kaum positive Erfahrungen mit der Europäischen Union gemacht. Wenn wir wollen, dass Europa auch in Zukunft noch stark ist, dann müssen wir ihnen zeigen, dass Europa auch Solidarität bedeutet. Lippenbekenntnisse zu mehr Investitionen werden dabei nicht ausreichen um diesen Missstand zu beheben, der die Zukunft der EU bedroht. Wir fordern deshalb einen starken Fokus auf die Förderung der Beschäftigung Jugendlicher und sehen es als die beste Chance, um die Gefahr einer verlorenen Generation noch abzuwenden.

Europäischer Währungsfonds statt Troika-Politik

Wir setzen uns dafür ein, dass mittelfristig statt des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM und der Troika bzw. der Institutionen ein Europäischer Währungsfonds (EWF) unter Kontrolle des EU-Parlaments (EP) für die Reformprogramme zuständig ist. Hierfür müssen die Europäischen Verträge geändert und die Mittel des ESM auf die EU übertragen werden. Weiterhin soll dabei gelten: Finanzielle Unterstützung kann es nicht ohne Kontrollen geben. Schon im März 2014 hat das Europäische Parlament in einem Bericht die unzureichende demokratische Legitimation der Troika bemängelt und die schrittweise Abschaffung gefordert. Mit dem Umbau des Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds und der Ablösung der Troika muss auch verbunden sein, die europäischen Hilfsprogramme wieder enger an die europäischen Grundrechte zu binden.

Wenn der ESM zu einem EWF umgewandelt worden ist, muss das Europaparlament, als einzige direkt von der Bevölkerung legitimierte EU-Institution, ein Mitentscheidungsrecht bei der Ausgestaltung der Kredit- und Reformprogramme von Mitgliedsstaaten bekommen. Allerdings ist auch klar, dass so lange die Garantien für Kreditprogramme aus den nationalen Haushalten stammen, in Deutschland eine vorherige Zustimmung des Bundestages aus demokratischen wie verfassungsrechtlichen Gründen geboten ist und die Mitwirkung des EP nur begrenzt sein kann.

Bis zur Umwandlung in einen europäischen Währungsfonds ist es aber dringend geboten, die aktuellen Strukturen stärker zu demokratisieren. Das bedeutet, dass sich die Troika, vor allem die EU-Kommission als eine der Institutionen, dem EP gegenüber stärker als bisher verantworten muss und ihre Arbeit und Entscheidungen innerhalb der Troika auch in gemeinsamen Sitzungen mit Abgeordneten aus dem betroffenen nationalen Parlament diskutiert und kontrolliert werden. Um Interessenkonflikte zu vermeiden und die geldpolitische Unabhängigkeit nicht zu gefährden, sollte für die EZB zukünftig nur noch ein Beobachterstatus vorgesehen werden.

Ein Europäischer Konvent zur Zukunft der EU und zum Umgang mit der Verschuldung in Europa

Die Herausforderungen für Europa sind enorm. Spätestens seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise ist offenkundig, dass eine gemeinsame Währung und ein EU-Binnenmarkt ohne eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik nicht funktionieren können. Wir GRÜNE wollen daher mehr Kompetenzen auf die europäische Ebene übertragen und die

europäischen Institutionen stärken. Mittelfristig verfolgen wir das Ziel eines Vereinigten Europas im Sinne einer Politischen Union. Das EP wollen wir nicht nur zum Gegenspieler des Rats machen, sondern es soll auch die Arbeit der Euro-Gruppe stärker kontrollieren und selber initiativ werden können. Aber vor allem: Wir GRÜNE stehen unseren europäischen Nachbarn gerade dann solidarisch bei, wenn sie unsere Hilfe brauchen.

Eine Vertiefung der Europäischen Integration wird eine Änderung der EU-Verträge mit sich bringen, die jedoch keinesfalls in Hinterzimmern, sondern in einem öffentlichen, demokratischen und bürgerfreundlichen Verfahren diskutiert und erarbeitet werden muss. Es wird dabei nicht ausreichen nur über ein Paket von Maßnahmen zu verhandeln, sondern die Bürgerinnen und Bürger der EU haben auch ein Recht darauf zu erfahren, wohin sie sich weiterentwickeln soll. Deswegen streiten wir GRÜNE schon lange für einen Europäischen Konvent zur Zukunft der EU.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa hat große Schuldenberge hinterlassen. Diese Altlasten werden nicht beseitigt, indem man sie ignoriert. Wir müssen uns realistisch mit der Frage befassen, wie wir diese Schuldenberge wieder abtragen können. Diese Frage gefährdet inzwischen die europäische Demokratie: die Handlungsfähigkeit vieler Mitgliedsstaaten wird dadurch in Frage gestellt und damit letztlich auch die Freiheit zu demokratischen Entscheidungen. Deswegen muss diese Frage in einem Europäischen Konvent diskutiert werden.

Wir GRÜNE wollen aber, dass Deutschland bereits jetzt endlich seiner Verantwortung gerecht wird und mit seinen Partnern einen europäischen Rahmen für den Abbau der exzessiven Verschuldung organisiert, in dem jedes Land für seine Schulden verantwortlich bleibt. Alles was die Bundesregierung dafür tun muss ist, den Vorschlag des eigenen Sachverständigenrats zu einem Altschuldentilgungsfonds endlich aufzugreifen: für die Zeit seines Bestehens sollen im Rahmen dieses Fonds Eurobonds ausgegeben werden und so die Zinslast für die Krisenstaaten langfristig ohne neuerliche Aktivität der EZB gedrückt werden. Die Geschwindigkeit der Tilgung würde sich an der wirtschaftlichen Dynamik orientieren können und damit Ausschläge der Konjunkturkurve ausgleichen helfen. Die Bundesregierung hat jedoch bislang jede Diskussion dazu mit dem Argument abgelehnt, man wolle keine Vergemeinschaftung von Schulden. Wir GRÜNE wollen, dass Deutschland mit dieser Verweigerungshaltung bricht. Die Vorschläge sind durch die Tabuisierung nicht falsch geworden. Seit Jahren findet die Vergemeinschaftung von Schulden über die EZB statt. Das Gegenargument der Bundesregierung ist damit Augenwischerei.

Zum Schuldenabbau auf der Einnahmenseite gehört neben der Bekämpfung der Steuerhinterziehung auch eine Stärkung der Vermögensbesteuerung in Europa. Denn öffentliche Schulden und die Konzentration von Geldvermögen sind zwei Seiten derselben Medaille. Deshalb gehören die Stärkung der Einnahmen und ein Umsteuern in den Haushalten ebenso zu unserem Green New Deal für Europa wie nachhaltige Investitionen, sozialer Ausgleich und sinnvolle Strukturreformen. Für uns gehören diese Schritte untrennbar zusammen.